

Union lehnt Antrag mit den Linken ab

*Keine gemeinsame Aktion
gegen Antisemitismus*

BERLIN. Ein gemeinsamer Antrag aller Bundestagsfraktionen zur Bekämpfung des Antisemitismus ist gestern erstmals von der CDU/CSU öffentlich abgelehnt worden. „Wir wollen einen solchen Antrag ohne Beteiligung der Linken“, so der innenpolitische Sprecher, Hans-Peter Uhl. Der Antragsentwurf war ursprünglich, wie berichtet, ein Jahr lang mit allen Parteienvertretern mit Blick auf den 70. Jahrestag der Pogromnacht vorbereitet worden.

Uhl warf der Linken vor, dass sie als Nachfolgepartei der SED Verantwortung für die DDR-Politik trage. Die Linke habe bislang keine klare Trennung von „ihrer unrühmlichen Tradition“ vollzogen. „Wir halten es für Heuchelei, wenn sich die Linke heute als Vorkämpfer gegen den Antisemitismus geriert“, so Uhl. Die Grünen appellierten dagegen an die Union, den breiten Konsens beim Thema Antisemitismus nicht zu gefährden. Es sei wichtig, dass der Bundestag in dieser Frage mit einer Stimme spreche, so Jerzy Montag und Monika Lazar. Es sei auch nicht das erste Mal, dass es einen gemeinsamen Antrag aller Parteien gebe. Gert Weisskirchen (SPD) lud erneut die Vertreter aller Fraktionen zu einem gemeinsamen Gespräch ein.

Skeptisch äußerte sich unterdessen der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, über einen Antisemitismusbeauftragten des Bundes – wie im diskutierten Antrag vorgesehen. Es sei falsch, zwischen Antisemitismus und sonstigem Rassismus zu unterscheiden. Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan Kramer, hatte sich in der Berliner Zeitung ähnlich geäußert. (mm.)